

Kontroverse:
Sozialstaat
&
Klimawandel

NEU!



Sozialpolitik-
aktuell.de

Die sozial-ökologische Transformation: Auswirkungen des Klimawandels auf den Sozialstaat

Als am 15.11.2023 das Bundesverfassungsgericht den Nachtragshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärte, fehlten plötzlich 60 Mrd. € für Projekte zum Klimaschutz. Das Geld, welches ursprünglich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie genutzt werden sollte, jedoch dafür nicht benötigt wurde, wurde stattdessen in einen Klima- und Transformationsfond umdisponiert. Mit dem Geld sollten wichtige klimapolitische Vorhaben, wie bspw. der Austausch von Öl- und Gas-Heizungen, finanziert werden. In der Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes entbrannte die Debatte, wie die klimapolitischen Vorhaben finanziert werden könnten. Unabhängig davon, wie die Finanzierung nun gelingen kann, kristallisiert sich an dieser Stelle ein wesentliches Dilemma heraus: Die Eindämmung des Klimawandels und die daraus resultierende Maßnahmen zum Umbau zu einer nachhaltigen Gesellschaft kosten extrem viel Geld, aber ein Aussetzen der klimapolitischen Vorhaben ist auch keine Lösung, denn die Klimaneutralität ist für die Zukunft aller Menschen (überlebens-)notwendig. Zudem wäre ein ungebremst fortschreitender Klimawandel ebenfalls mit enormen Folgekosten verbunden.

Überwiegend wird daher die Erkenntnis geteilt, dass eine ökologische Transformation notwendig ist. Was jedoch das konkrete Ziel ist und wie dieses erreicht werden kann, wird unterschiedlich bewertet. Es gibt diejenigen, die den Fokus auf Dekarbonisierung legen und auf zukünftige technologische Lösungen setzen. Andere nehmen neben einem tiefgreifenden Wirtschaftswandel auch sozialen Wandel und den Abbau von Ungleichheiten in den Blick. Dementsprechend werden auch die Aufgaben, die dem Sozialstaat zukommen, sehr unterschiedlich gesehen. Geht es darum, lediglich Klimaschutzmaßnahmen sozial abzufedern? Oder geht es darum, Sozialpolitik konsequent mit Blick auf Klimaschutz umzugestalten und somit Klimasozialpolitik zu betreiben?

Diese Debatte wollen wir auf Sozialpolitik-aktuell aufgreifen und in einer neuen Kontroverse zum Thema „Sozialstaat und Klimawandel“ aufgreifen.

Diese Kontroverse ist anders als die anderen Kontroversen nicht einem Politikfeld zugeordnet, sondern Sie finden sie im Inhaltsverzeichnis unterhalb der regulären Politikfelder. Das Thema „Sozialstaat und Klimawandel“ betrifft nicht nur ein bestimmtes Politikfeld, sondern wirkt in vielen Bereichen. Dies bildet sich auch in der Strukturierung der Kontroverse ab, die sich aktuell auf die Felder Arbeit, Ungleichheit, Gesundheit und Finanzierung konzentriert und von einem Abschnitt zur Übergreifenden Einordnungen des Klimawandels u.a. mit Blick auf Sozialpolitik ergänzt wird.

Das Fundament des deutschen Sozialstaats ist Erwerbsarbeit, weshalb die Auswirkungen des Klimawandels auf den Arbeitsmarkt von besonderer Relevanz sind. Dies beinhaltet u.a. den Umbau der Wirtschaft, der viele Unternehmen und Beschäftigte zurecht die Frage stellen lässt, wie zukunftssicher ihre Perspektive in der Branche oder in dem Unternehmen ist. Der Umbau zu „grünen“ Technologien sorgt dafür, dass auch die Beschäftigten selbst einen Wandel hin zu einer „grünen Beschäftigung“ bewältigen müssen. Zudem sind sie mit fortschreitendem Klimawandel neuen Risiken (bspw. extremer Hitze) ausgesetzt, wodurch Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz neu betrachtet werden muss. Mitbestimmung ist

ein Weg, bei dem die Arbeitnehmenden den vielfachen Veränderungen nicht nur ausgesetzt werden, sondern bei dem sie ihn aktiv mitgestalten und tragen können.

Unter dem Oberbegriff „Ungleichheit“ wird im Rahmen der Kontroverse auf verschiedene Aspekte abgestellt. Der Klimawandel selbst bedeutet mit seinen Auswirkungen (bspw. Extremwetterereignisse, steigende Lebensmittelpreise aufgrund von Dürren) unterschiedlich starke Belastungen je nach Einkommensposition und verstärkt Ungleichheiten. Zudem sind starke Ungleichheiten ein Treiber des Klimawandels. Neben dem Klimawandel selbst muss aber auch bedacht werden, wie Klimaschutzmaßnahmen wirken. Klimaschutzpolitik kann insbesondere Personen mit niedrigem Einkommen belasten, da diese bspw. die steigenden Energie-Kosten weniger stark auffangen können und sich energiesparendes Bauen/Renovieren u.U. nicht leisten können. Dementsprechend ist die Diskussion um den Klimawandel ebenfalls auch eine Diskussion um die (un)gerechte Verteilung der Belastungen, welche im Rahmen der Transformation anfallen. Es muss das Ziel sein, dass die notwendige Transformation der Gesellschaft hin zur Nachhaltigkeit sozial gerecht und ausgewogen gestaltet werden, denn die breite Zustimmung der Bevölkerung für die Maßnahmen, sowie deren aktive Mitwirkung sind essentiell für einen gelingenden Wandel.

Die globale Erwärmung der Erde hat ebenfalls Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen: Vulnerable Gruppen sind empfindlicher gegenüber hohen Temperaturen, die höheren Temperaturen führen zu vermehrten Extremwetterereignissen, die sich ebenfalls in Form von Verletzungen, Infektionen oder Tod negativ auf die Gesundheit auswirken. Dies stellt das Gesundheitssystem vor neue Anforderungen.

Der aktuell letzte Punkt der Kontroverse greift die Einleitungen dieses Monatsthemas auf: Wie kann ein nachhaltiger Sozialstaat finanziert werden? Dabei werden zum einen Texte zu konkreten Überlegungen zu Finanzierungsressourcen, dem Umgang mit der Schuldenbremse oder allgemeinen Reformideen aufgenommen. Zum anderen werden Positionen dargestellt, die sich der grundsätzlichen Frage widmen, ob der deutsche Sozialstaat auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist oder welche anderen Grundlagen des Sozialstaates gesehen werden können.

Uns ist bewusst, dass wir in dieser Kontroverse nicht alle Facetten abbilden. Zum einen liegt unser Fokus auf einer sozialpolitischen Perspektive, wodurch manches (bspw. im Bereich der Industriepolitik) nicht von uns aufgegriffen wird. Zum anderen gibt es Aspekte, die bisher aus unserer Sicht nur punktuell in der von uns abgebildeten Literatur auftauchen (bspw. Klimawandel und Migration) und daher von uns noch nicht aufgenommen wurden. Ein kontinuierliches Monitoring der Forschungsliteratur und eine ständige Weiterentwicklung der Kontroverse wird daher Teil unserer täglichen Arbeit bleiben. Dennoch freuen wir uns über Anregungen und Hinweisen zu der Kontroverse oder zu neuen Veröffentlichungen entweder über dieses [Kontaktformular](#) oder per E-Mail.

Thema des Monats Dezember 2023 – Kontakt:

Lina Zink | Institut Arbeit und Qualifikation | Forsthausweg 2 | 47057 Duisburg | lina.zink@uni-due.de

Philip Sommer | Institut Arbeit und Qualifikation | Forsthausweg 2 | 47057 Duisburg | philip.sommer@uni-due.de